

Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

AfD-Fraktion

im Rat der Stadt Leverkusen

Postfach 220186 51322 Leverkusen info@afdfraktion-lev.de

Leverkusen, den 12.06.2024

Antrag: Lagebild Islamismus & Antisemitismus an Leverkusener Schulen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag aus aktuellem Anlass auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung:

## **Beschluss:**

"Der Rat der Stadt Leverkusen beauftragt die Verwaltung ein kommunales Lagebild Islamismus & Antisemitismus an Leverkusener Schulen zur erstellen:

Dazu entwickelt die Verwaltung eine geeignete anonymisierte Umfrage, an der sich auf freiwilliger Basis alle Schüler und Lehrer der weiterführenden Leverkusener Schulen beteiligen können.

Zudem bittet die Verwaltung die Polizeidirektion Leverkusen und die Schulleitungen um eine aktuelle Stellungnahme zum Thema und verfügt eine Meldepflicht für alle künftigen islamistischen oder antisemitischen Vorfälle an Leverkusener Schulen.

Anschließend bündelt die Verwaltung alle gewonnen Informationen zu einem aktuellen Lagebild Islamismus & Antisemitismus an Leverkusener Schulen, das noch im Jahr 2024 dem Stadtrat zur weiteren Beratung vorgelegt werden soll."

## Begründung:

Der brutale islamistische Messermord Anfang Juni an einem Polizisten in Mannheim ist lediglich die Spitze eines Eisberges, der nie verschwunden war, aber aktuell wieder sichtbarer denn je ist. Denn der Anschlag in Mannheim galt eigentlich dem bekannten Islamkritiker Michael Stürzenberger, der - wie mehrere seiner Mitstreiter - den Angriff des 25-jährigen afghanischen Täters nur mit Glück schwer verletzt überlebte.

Auch wir hier in Leverkusen sind erst vor kurzem im Advent 2023 einem islamistischen Blutbad durch einen geplanten Anschlag auf den Opladener Weihnachtsmarkt nur knapp entronnen. Urheber des Anschlagsplans waren zwei Jugendliche, die einen mit Gasflaschen beladenen Transporter auf dem Weihnachtsmarkt zur Explosion bringen wollten.

Überall zeigt der, vor allem durch eine falsche Migrationspolitik importierte, Islamismus und Antisemitismus erneut in aller Offenheit seine hässliche Fratze. Angefacht durch den Gaza-Krieg fordern in Deutschland wieder bundesweit Islamisten die Auslöschung Israels oder die Errichtung eines Kalifats auf deutschem Boden, wie zum Beispiel jüngst in Essen.

Die islamistische Terrorgefahr wird auch von offiziellen Stellen inzwischen wieder so hoch bewertet wie seit vielen Jahren nicht mehr.

Die Abwehr dieser Gefahr können wir nicht allein auf die Sicherheitsbehörden abwälzen. Auch alle übrigen staatlichen Stellen und die viel beschworene Zivilgesellschaft haben dazu gerade bei der Früherkennung und Prävention ihren Beitrag zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Yannick Noe

Fraktionsvorsitzender